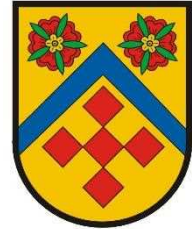


Gemeinde Dötlingen

Die Bürgermeisterin

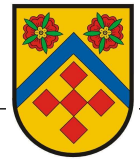


Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie vom
28.04.2026
im Rathaus der Gemeinde Dötlingen, Sitzungszimmer, Hauptstr. 26,
27801 Neerstedt
- Hybridsitzung -
AIE/002/2026

Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	19:06 Uhr

Tagesordnung:

Top	Bezeichnung	Dr.-Nr.
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.02.2026	
4	Bericht der/des Ausschussvorsitzenden	
5	Aussprache zum Bericht der/des Ausschussvorsitzenden	
6	Bericht der Bürgermeisterin	
6.1	Straßenzustandserfassungssoftware; hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.03.2026	2026/116
7	Aussprache zum Bericht der Bürgermeisterin	
	Einwohnerfragestunde	
8	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.01.2026; hier: Vorstellung der beim Landkreis Oldenburg neu geschaffenen Klimaschutzkoordinationsstelle	2026/110
9	"Bau-Turbo"; hier: Vorstellung der Möglichkeiten zur Umsetzung des "Bau-Turbos" sowie Grundsatzbeschluss zur Anwendung der Novelle des Baugesetzbuches (BauGB) 2025 in der Gemeinde Dötlingen	2026/111



10	Anfragen und Anregungen	
	Einwohnerfragestunde	

Teilnehmer:**Anwesend:****Mitglieder:**

Frau Beate Wilke

Ausschussvorsitzende

Frau Insa Huck

für Ratsfrau Elke Lorenz

Herr Jörg Lüschen

Herr Marcus Martens

Frau Sabine Schütte

Herr Dietz Wiechers

Herr Rudolf Zingler

Hinzugewähltes Mitglied:

Herr Andreas Hauth

von der Verwaltung:

Frau Antje Oltmanns

Bürgermeisterin

Herr Michael Moruz

Frau Tomke Rothe

Protokollführerin:

Frau Lea Möller

Entschuldigt:**Mitglieder:**

Frau Elke Lorenz

**Hinzugewähltes Mitglied:**

Herr Jens Bakenhus

Herr Helge Kolweyh

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Wilke eröffnet die Sitzung. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzende Wilke lässt über die Tagesordnung abstimmen. Diese wird einstimmig bei 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.02.2026

Ausschussvorsitzende Wilke lässt über die Niederschrift vom 12.02.2026 abstimmen. Diese wird bei 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Zu TOP 4 Bericht der/des Ausschussvorsitzenden

Ausschussvorsitzende Wilke gibt keinen Bericht ab, bittet aber darum, Stellungnahmen gesittet ruhig und besonnen abzugeben sowie sachlich zu argumentieren.

Zu TOP 5 Aussprache zum Bericht der/des Ausschussvorsitzenden

Die Anwesenden nehmen die Ausführungen von Ausschussvorsitzender Wilke zur Kenntnis.



Zu TOP 6 Bericht der Bürgermeisterin

Zu TOP 6.1 Straßenzustandserfassungssoftware;

hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.03.2026

Vorlage: 2026/116

In o.g. Angelegenheit wird Bezug genommen auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.03.2026.

Beigeordnete Roggenthien erkundigte sich vorangehend im Verwaltungsausschuss am 07.07.2025 unter Top 16 (Wegebereisung 2025) zum Thema „Straßenunterhaltungsarbeiten“ nach dem derzeit genutzten Softwareprodukt der Gemeinde Dötlingen („ROSY“). Zu diesem Zeitpunkt konnte Bauamtsleiter Moruz noch keinen genauen Sachstand zu diesem Produkt erläutern.

Im Nachgang wurde das Softwareunternehmen eingeladen, damit sich die Verwaltung ein aktuelles Gesamtbild machen konnte.

Das Produkt ist für den damals vorgesehenen Anwendungsbereich zwar akzeptabel gewesen, jedoch gibt es inzwischen für gewisse Anwendungsbereiche im Zuge der Digitalisierung für die Gemeinde Dötlingen bessere Alternativen.

Nachfolgend wurden diverse Softwarehersteller kontaktiert, die Straßenzustandserfassungssoftwareprodukte anbieten.

Die Verwaltung hat daraufhin verschiedene Präsentationen von den Anbietern erhalten. Die Produkte unterscheiden sich in unzähligen Bereichen. Für die Gemeinde Dötlingen ist ein Produkt von hoher Bedeutung, mit welchem Arbeitsprozesse optimiert sowie Kontrollen und Überwachungen von Pflichtaufgaben rechtssicher dokumentiert werden können. Weiter sollen Arbeitsaufträge, Schadensermittlungen und Sachstände für sämtliche Bereiche des Bauamtes, der Haus- und Leitungswarte sowie des Bauhofes implementiert werden. Solche Produkte werden durchaus auf dem Markt angeboten.

Die Verwaltung prüft derzeit, wie die Schnittstelle geschaffen werden kann, um die Datensätze aus den Bestandsdaten in ein mögliches neues Programm zu übermitteln bzw. zu übertragen.

Nach Abschluss dieser Prüfung ist vorgesehen, dass die Verwaltung ein Vergabeverfahren auslöst, welches die Vorgaben, wie KI-unterstützte Straßenzustandserfassungssoftware, Baumkataster und Arbeitsprozesse vollumfänglich beinhaltet.

Eine Schnittstelle von dem neuen Produkt ins REWI-GIS System soll ohne Informationsverlust ebenfalls Bestandteil der Auftragsvergabe sein.



Zu TOP 7 Aussprache zum Bericht der Bürgermeisterin

Straßenzustandserfassungssoftware (s. TOP 6.1 „Straßenzustandserfassungssoftware; hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.03.2026“)

Die Anwesenden nehmen die Ausführungen von Bürgermeisterin Oltmanns zur Kenntnis.

Ratsherr Martens bedankt sich für die umfangreiche Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen durch die Verwaltung. Ziel der Anfrage sei es gewesen, der Verwaltung durch den Einsatz einer geeigneten Software die Arbeit zu erleichtern.

Stellvertretender Bürgermeister Zingler bittet, dass die Straßen, auch wenn im Jahr 2026 keine Wegebereisung stattfindet, kontrolliert werden. Er könnte sich vorstellen, dass auch die Bezirksvorsteherin bzw. die Bezirksvorsteher befragt werden könnten.

Bürgermeisterin Oltmanns teilt mit, dass der Bauhof und die Haus- und Leitungswarte wachsam sind. Außerdem melden regelmäßig Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Bezirksvorsteherin bzw. die Bezirksvorsteher Schäden.

Zu TOP Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzende Wilke schließt die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie und eröffnet die Einwohnerfragestunde um 18:07 Uhr.

Bau einer Ganztagschule

Ein Einwohner weist darauf hin, dass man auch als Gemeinde wirtschaftlich denken müsse und der Neubau einer Schule möglicherweise rund 400.000,00 € Abschreibungsaufwand mit sich bringt, darüber hinaus eventuell auch bei den alten Schulen womöglich noch Abschreibungen anfallen. Er stellt sich die Frage, wie dies künftig finanziert werden soll. Aktuell sei seiner Meinung nach derzeit noch eine Finanzierung durch die Steuern aus dem Energiesektor möglich. Er erkundigt sich, wie künftig eine Finanzierung erfolgen kann.

Bürgermeisterin Oltmanns teilt mit, dass es eine extrem umfangreiche Thematik ist. Die Finanzierung stelle sich selbstverständlich schwierig dar. Dennoch sei die Entscheidung nicht nur abhängig von dem Kostenaufwand zu treffen. Außerdem weist sie darauf hin, dass eine umfangreiche Betrachtung und Beratung erfolgt, um eine bestmögliche Entscheidung zu treffen. Abschließend erklärt sie, dass die Gemeinde Dötlingen derzeit noch eine der wenigen schuldenfreien Kommunen in Niedersachsen ist. Sie geht davon aus, dass künftig Kredite aufgenommen werden müssen. Ferner betont sie, dass die Gemeinde Dötlingen gesetzlich verpflichtet ist, den Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung umzusetzen.

Ein Einwohner ist der Meinung, dass es günstigere Lösungen als die bisher angedachten gibt.



Auf Nachfrage eines anderen Einwohners teilt Ausschussvorsitzende Wilke mit, dass die Verpflichtung der Gemeinde vom Land und Bund auferlegt wurde und eine Ganztagsbetreuung sichergestellt werden muss.

Bürgermeisterin Oltmanns stellte auf Nachfrage klar, dass der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung ab dem 01.08.2026 besteht und für die Eltern nicht kostenfrei sein muss. Ferner weist sie darauf hin, dass der Rat umfangreich und über einen sehr langen Zeitraum an der Umsetzung des Rechtsanspruchs gearbeitet hat und sich sehr bewusst für eine Übergangslösung im Hortbereich entschieden habe.

Mähroboter in Dötlingen

Ein Einwohner weist darauf hin, dass die Mähroboter nachts vermehrt Tiere verletzen. Er erkundigt sich, wie die Ratsmitglieder dazu stehen. Seines Wissens nach haben zahlreiche Kommunen ein „Nachtfahrverbot“ für Mähroboter durch den Erlass einer Richtlinie eingeführt, welches bei Nichtbeachtung entsprechend sanktioniert wird. Dies sei seiner Meinung nach auch in Dötlingen denkbar. Die aktuelle Freiwilligkeit sei nicht zielführend. Er fragt die Ratsmitglieder nach ihrer Positionierung, also wie sie dazu stehen.

Ausschussvorsitzende Wilke ist der Meinung, dass es schwierig sein wird, die Einhaltung eines solchen Verbotes zu kontrollieren. Sie schlägt vor, die Bevölkerung weiter aufzuklären und zu sensibilisieren.

Ratsfrau Huck teilt mit, dass sie sich für die Anregung bedankt und sich eine Auseinandersetzung mit dem Thema innerhalb ihrer Fraktion vorstellen könne.

Ratsherr Lüschen geht davon aus, dass sich die Technik weiterentwickeln wird und auch dadurch Schäden an Tieren vermieden werden können.

Ratsherr Martens begrüßt den Erlass eines solchen Verbotes, setzt allerdings im ersten Schritt auf die Vernunft der Bürger. Aufgrund dessen würde er diese ebenfalls mehr sensibilisieren. Weiter sieht er eine Kontrolle ebenfalls als problematisch an.

Auch Ratsfrau Schütte bedankt sich für die Anregung und wird dies mit ihrer Fraktion besprechen.

Landrat Dr. Pundt teilt mit, dass aktuell ein entsprechendes landesweites Verbot angestrebt wird. Dies sei seines Wissens nach aber noch nicht umgesetzt. Er würde sich aber entsprechend erkundigen und nimmt das Thema nochmals mit.

Der anfragenden Einwohner erklärte, dass im Falle von Sanktionierungen diese eine ausschlaggebende Wirkung hätten.

Sodann schließt Ausschussvorsitzende Wilke die Einwohnerfragestunde und eröffnet erneut die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie um 18:22 Uhr.



**Zu TOP 8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.01.2026;
hier: Vorstellung der beim Landkreis Oldenburg neu geschaffenen
Klimaschutzkoordinationsstelle
Vorlage: 2026/110**

Ausschussvorsitzende Wilke übergibt das Wort an Ratsherrn Martens, welcher den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläutert.

Sodann stellt Landrat Dr. Pundt die Klimaschutzkoordinationsstelle vor. Diese sei unabhängig von der Stelle von Frau Looschen, welche für die Fördermittelberatung zuständig ist, zu betrachten.

Die Klimaschutzkoordinationsstelle steht nur für die Kommunen beratend zur Verfügung, welche diese entsprechend mit finanzieren. Im Mai findet das Auswahlverfahren statt. Es ist vorgesehen, dass die Person in den Kommunen vor Ort arbeiten wird. Diese Stelle ist eine Unterstützung für die Kommunen. Es wird gewünscht, dass die betreffende Person Expertise zum Klimaschutz einbringt.

Außerdem sind umfangreiche Maßnahmen zum Klimaschutz erforderlich. Zur Umsetzung dieser werden auch seitens des Landkreises Oldenburg Maßnahmen ergriffen.

Außerdem weist er darauf hin, dass aktuell ein Ladeinfrastrukturkonzept vom Landkreis Oldenburg in Kooperation mit dem Land Niedersachsen umgesetzt wird. Alle benannten Ladepunkte werden ausgebaut, auch in der Gemeinde Dötlingen. Die Installation der ausgewählten Ladepunkte wäre ohne eine Förderung durch das Land womöglich nicht umgesetzt worden.

Bürgermeisterin Oltmanns bedankt sich für die Ausführungen und zeigt sich erfreut über die umfangreichen Maßnahmen des Landkreises Oldenburg. Sie teilt mit, dass die Kommunikation über die neue Stelle beim Landkreis Oldenburg unglücklich verlief. Sie ist der Meinung, dass eine entsprechende Stelle im Rathaus fehlt, da Maßnahmen, wie die kommunale Wärmeplanung und politische Anträge, wie z.B. Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes, Aufstellung eines Biotopverbundkonzeptes, eines Grundflächenpflegekonzeptes etc. seitens des Bauamtes mit dem vorhandenen Personal kaum umgesetzt werden können.

Landrat Dr. Pundt teilt mit, dass die abschließende Information über die Stelle kurzfristig kam, als die Förderung zugesagt wurde. Die Information wurde direkt an die Kommunen weitergegeben.

Bürgermeisterin Oltmanns weist darauf hin, dass die Stelle, an welcher die E-Mail gerichtet wurde, vakant war, sodass die E-Mail nicht zugestellt worden ist und die Nachricht demzufolge erst später einging.

Landrat Dr. Pundt macht deutlich, dass eine Kommune seiner Meinung nach kein eigenes Klimakonzept benötigt. Seiner Meinung nach könnte ein landkreisweites genügen. Er schlägt vor, Informationen zu bündeln und Synergieeffekte zu nutzen.



Bürgermeisterin Oltmanns teilt mit, dass dies der Verwaltung bekannt ist und der Antrag zur Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes der Gemeinde Dötlingen aktuell zurückgestellt wurde. Aufgrund dessen merkt sie an, dass die betreffenden Informationen in die Beurteilung zu dem vorliegenden Antrag einfließen werden. Auch die weitere Entwicklung der vielen Maßnahmen des Landkreises Oldenburg werde in die Entscheidung über den vorliegenden Antrag eingehen.

Landrat Dr. Pundt teilt mit, dass das Thema „Klimaschutz“ immer mehr an Umfang gewinnt.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Martens teilt Landrat Dr. Pundt mit, dass die Stelle auch beim Tagesgeschäft, wie die kommunale Wärmeplanung, unterstützen wird.

Bauamtsleiter Moruz teilt mit, dass es seiner Meinung nach schwierig ist, eine Entlastung im Tagesgeschäft für die Kommune zu bewirken, da die Person nur stundenweise bei der Kommune tätig sein wird.

Landrat Dr. Pundt teilt mit, dass andere Kommunen die kommunale Wärmeplanung mit externen Unternehmen und nicht mit eigenem Personal umsetzen. Ferner werden die Kommunen und nicht die Person, die die Klimaschutzkoordinationsstelle besetzt, die Prioritäten setzen.

Hinzugewähltes Mitglied Hauth ist der Meinung, dass eine Person aus dem Rathaus der Klimaschutzkoordinatorin bzw. dem Klimaschutzkoordinator zuarbeiten muss. Seiner Meinung nach müssten entsprechende personelle Kapazitäten auch in den Kommunen vorgehalten werden, die zuarbeiten können.

Ausschussvorsitzende Wilke erkundigt sich, ob sie es richtig verstanden hat, dass die Kommunen nicht für alle Bereiche selbständig agieren müssen.

Dies bejaht Landrat Dr. Pundt. Es müsse genau betrachtet werden, welche Maßnahmen vom Landkreis Oldenburg übergreifend umgesetzt werden können.

Bürgermeisterin Oltmanns merkt an, dass es keine Ansprechperson im Rathaus gibt, welche die Klimaschutzkoordinator(in) fachlich versiert unterstützen kann und Unterlagen bzw. Maßnahmen für eine Zuarbeit vorbereitet.

Landrat Dr. Pundt teilt mit, dass aufgrund der übertragenen Aufgaben übergeordneter Stellen zahlreicher Personalzuwachs erforderlich ist. Gesetzliche Regelungen sorgen in vielen Bereichen für notwendigen Personalzuwachs. Es müsse evaluiert werden, wenn die Person eingearbeitet ist, ob dies entsprechend ausreicht.

Bauamtsleiter Moruz teilt mit, dass seines Wissens nach 4 Kommunen an der Klimaschutzkoordinationsstelle teilnehmen. Er erkundigt sich, was geschieht, wenn weitere Kommunen eine Beteiligung anstreben.

Landrat Dr. Pundt teilt mit, dass dies dann entsprechend berücksichtigt werden müsste und man überlegen könnte, den Bereich weiter auszubauen.



Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzender Wilke teilt Landrat Dr. Pundt mit, dass eine zeitnahe Besetzung der Stelle angestrebt wird.

Ausschussvorsitzende Wilke teilt mit, dass lediglich aufgrund der vorhandenen Personalmehrung die Stelle im Dezember 2025 abgelehnt wurde. Eine Zustimmung einer solchen Stelle für die Zukunft wurde nicht ausgeschlossen.

Sodann lässt Ausschussvorsitzende Wilke über den Beschlussvorschlag abstimmen. Diese wird einstimmig bei 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

**Der Ausschuss für Infrastruktur und Energie empfiehlt:
Der Verwaltungsausschuss beschließt:**

„Die Vorstellung der neu eingerichteten Klimaschutzkoordinationsstelle beim Landkreis Oldenburg durch Herrn Landrat Dr. Christian Pundt wird zur Kenntnis genommen.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**Zu TOP 9 "Bau-Turbo";
hier: Vorstellung der Möglichkeiten zur Umsetzung des "Bau-Turbos"
sowie Grundsatzbeschluss zur Anwendung der Novelle des
Baugesetzbuches (BauGB) 2025 in der Gemeinde Dötlingen
Vorlage: 2026/111**

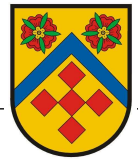
Ausschussvorsitzende Wilke leitet in die Thematik ein und übergibt das Wort an Bauamtsleiter Moruz, welcher den „Bau-Turbo“ erläutert.

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzender Wilke teilt Bauamtsleiter Moruz mit, dass die Kommunen selber entscheiden können, ob und wie der Bau-Turbo umgesetzt wird. Es könne auch beschlossen werden, dass der „Bau-Turbo“ gar nicht und nicht nur, solange keine Richtlinie besteht, nicht umgesetzt wird.

Hinzugewähltes Mitglied Hauth teilt mit, dass die aktuellen Regelungen zum Bau-Turbo sehr ungeordnet sind und sich diese zum Teil widersprechen. Deshalb stelle sich die Bearbeitung von Bauanträgen derzeit sehr zeitaufwändig dar. Auch verursache der Bau-Turbo derzeit ein heilloses Chaos mit entsprechendem personellen Mehraufwand. Er persönlich begrüßt eine klare Regelung.

Ratsfrau Schütte hat den Bau-Turbo so verstanden, dass dieser die Verfahren beschleunigt.

Bauamtsleiter Moruz teilt mit, dass auch er zunächst davon ausgegangen ist. Dies ist leider nicht der Fall. Eher wird versucht, dort Wohnraum zu schaffen, wo es bisher nicht möglich war. Man



möchte beschleunigen, dort Baurecht zu ermöglichen, wo es bisher nicht möglich war bzw. gewesen ist.

Ratsherr Martens teilt mit, dass der Bau-Turbo einen mächtigen Eingriff in den Gestaltungsspielraum darstellt. Er sieht durchaus die Vorgabe, einen vernünftigen Rahmen zu schaffen. Seiner Meinung nach müsse die Verwaltung entlastet werden.

Stellvertretender Bürgermeister Zingler ist der Meinung, dass eine Richtlinie geschaffen werden muss, wie es von der Verwaltung vorgeschlagen worden ist. Er würde der Beschlussempfehlung folgen, bittet aber, dass sämtliche Fraktionen bei der Aufstellung der Richtlinie eingebunden werden.

Bürgermeisterin Oltmanns teilt mit, dass von jeder Fraktion ein Ratsmitglied einbezogen werden soll. Sie schlägt vor, dass der Zusatz „als Vertretung“ in der Beschlussempfehlung entfernt wird.

Über den Zuspruch zu dem Vorschlag besteht Einigkeit.

Ratsherr Martens schlägt vor, die Richtlinie unter Berücksichtigung der strategischen Ziele zu erfassen.

Bürgermeisterin Oltmanns teilt mit, dass die strategischen Ziele bei jedem Beschluss bzw. jeder Umsetzung eines Beschlusses berücksichtigt werden sollten.

Ratsherr Martens **stellt den Antrag**, die Beschlussempfehlung entsprechend anzupassen.

Dieser **Antrag** wird bei 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme angenommen.

Sodann lässt Ausschussvorsitzende Wilke über die **geänderte Beschlussempfehlung** abstimmen. Diese wird einstimmig bei 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen **angenommen**.

Protokollanmerkung:

In Absatz 1 der Beschlussempfehlung hat sich ein Rechtschreibfehler eingeschlichen. Korrekt muss es nicht „Döltingen“, sondern „Dötlingen“ heißen.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Energie empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen beschließt:

„Für die Prüfung auf Erteilung der gemeindlichen Zustimmung im Rahmen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung unter Berücksichtigung der strategischen Ziele wird eine Richtlinie erarbeitet, die nachfolgend vom Rat der Gemeinde Dötlingen zu beschließen ist.



Für die Erarbeitung der Richtlinie wird eine Steuerungsgruppe gebildet. Diese Steuerungsgruppe setzt sich zusammen aus Mitarbeitenden der Verwaltung und jeweils einem Ratsmitglied aller im Rat der Gemeinde Dötlingen vertretenen Fraktionen. Weiter wird die Steuerungsgruppe durch einen externen Dritten, ein Planungsbüro, fachlich begleitet.

Bis zum Beschluss über einen Grundsatzbeschluss wird für Bauanträge, für die die Zustimmung der Gemeinde Dötlingen nach § 36a Baugesetzbuch (BauGB) erforderlich ist, keine Zustimmung erteilt.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 10 Anfragen und Anregungen

Es werden keine Anfragen und Anregungen vorgetragen.

Zu TOP Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzende Wilke schließt die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie und eröffnet die Einwohnerfragestunde um 19.06 Uhr.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ausschussvorsitzende Wilke schließt die Einwohnerfragestunde und die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie um 19.06 Uhr.

Bürgermeisterin
Antje Oltmanns

Vorsitzende
Beate Wilke

Protokollführerin
Lea Möller